

Dr. Daniel Stelter^{*)}: Deutschland steht vor völliger Überforderung (12.08.2020)

Deutschland ist dem eigenen Selbstverständnis nach ein reiches Land.

Doch dieser Wohlstand ist in Gefahr, meint Gastautor Daniel Stelter.

Die Bundesrepublik steht vor der "völligen Überforderung".

Er schlägt einen radikalen Kurswechsel vor, um unsere Wirtschaft zu retten.

Nicht erst seit **Corona** wird immer deutlicher, dass vieles entschieden falsch läuft mit der Wirtschaftspolitik in Deutschland. Trotz eines fast zehnjährigen Aufschwungs und eines deutlichen Rückgangs der Arbeitslosigkeit nimmt die Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung zu. Ein "Weiter so" dürfte nicht nur politisch immer brisanter werden, es wäre grundlegend falsch. Wir brauchen eine massive Kehrtwende hin zu einer intelligenten Wirtschaftspolitik, denn nur so können wir die Zukunft sichern.

Obwohl Deutschland sich deutlich besser als andere Länder von der Finanz- und Eurokrise erholt hat, lag das Wachstum auch bei uns bis Corona unter dem Vorkrisentrend von 2007.

- Eine wichtige Ursache war dabei der deutliche Rückschritt der Produktivität. Auch dies keine Entwicklung, die allein auf Deutschland beschränkt ist. Dennoch ist ein Nullwachstum der Produktivität, wie zuletzt festgestellt, ein schlechtes Omen für ein Land, das vor einem erheblichen Rückgang der Erwerbsbevölkerung steht.
- Zugleich sind wir immer abhängiger vom Export. Während die Binnennachfrage zurückblieb, wurden die Exporte zu einer immer entscheidenderen Stütze der Wirtschaft.
- **Wesentliche Ursache für die geringe Binnennachfrage sind die seit Jahren langsam steigenden Löhne, die immer höhere Abgaben- und Steuerlast und die unzureichenden Investitionen des Staates in Infrastruktur, Innovation und Digitalisierung.**
- Die Exportüberschüsse, die wir erzielen, führen zu zunehmender Unzufriedenheit bei unseren Handelspartnern – nicht nur in den USA eines **Donald Trumps** – und dienen als wesentliches Argument, wenn es darum geht, Zahlungen von uns zu fordern, wie zuletzt beim EU-Gipfel zu beobachten.
- Leisten wir dann Transfers – **in Brüssel** nun vereinbart in Höhe von mindestens 80 Milliarden Euro – ist das ökonomisch so, als hätten wir unsere Autos verschenkt. Das kann man machen, nur muss man dann auch offen fragen, wer die Lasten dieser Geschenke zu tragen hat und wer davon profitiert. Konkret geht der Nutzen an die Eigentümer deutscher exportorientierter Firmen und die Kosten tragen alle Bürger.
- Hinzu kommt, dass mit Exportüberschüssen entsprechende Kapitalexperte einhergehen. Studien zeigen nun, dass kein Land die Ersparnisse im Ausland so schlecht anlegt wie wir Deutschen. Wo immer es etwas zu verlieren gibt – zum Beispiel am US-Immobilienmarkt –, wir sind ganz vorne dabei. Mindestens 400 Milliarden gingen allein dort verloren.
- Die Deutschen vollbringen das „Wunder“, gut zu verdienen, zugleich aber über deutlich weniger Vermögen zu verfügen, als die Nachbarn, vor allem die Bürger der Länder, denen wir mit unseren großzügigen Zahlungen helfen. Liegt das Privatvermögen in Deutschland bei dem 3,8-Fachen des BIP, freuen sich die Italiener über Privatvermögen vom 5,5-Fachen des BIP. **Auch die Rentenansprüche sind in den meisten Nachbarländern deutlich höher als bei uns.**
- Hinzu kommt, dass die Vermögen bei uns besonders ungleich verteilt sind. Dies liegt aber nicht daran, dass unsere Reichen über mehr verfügen als die Reichen **in Italien, Frankreich** oder Spanien, sondern dass bei uns der Mittelstand kaum vermögend ist. Da tröstet es wenig, dass die Vermögensverteilung in Deutschland deutlich gleicher ist, wenn man Renten und Pensionsansprüche berücksichtigt, was man natürlich sollte.
- Derweil gilt der deutsche Staat als „reich“, zumindest im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn, denen wir nun großzügig Geld schenken. Dies aber nur, weil **wir die zweithöchste Abgabenlast der OECD-Staaten haben** und zugleich die Zinspolitik der EZB erhebliche Mittel von den Sparern zum Staat umverteilt.

Deutschland ist ein Land mit vielen Problemen

Kurz gefasst sind wir ein Land mit enttäuschender realer Netto-Einkommensentwicklung, geringen Vermögen, die zudem auch noch ungleich verteilt sind und einem Staat, der den Bürgern viel Geld abnimmt, unzureichend investiert und dessen vermeintlicher Reichtum von unseren Politikern dahingehend interpretiert wird, dass wir uns alles Mögliche leisten können: von einer großzügigen Migrationspolitik über eine teure Vorreiterrolle in der Energiewende bis hin zur Rolle des europäischen Zahlmeisters.

Bis jetzt ging diese Politik noch einigermaßen gut. Das Wachstum vor Corona lief ausreichend, die sozialen Ausgabenprogramme der Regierung – Mütterrente, Rente mit 63 – stellten die Bürger zufrieden und die hohen Abgaben hat ja ohnehin nur eine Minderheit der Bevölkerung zu schultern, lebt doch schon mehr als die Hälfte von Transfers.

Doch auch hier gilt der alte Spruch Margaret Thatchers, „dass es solange gut geht, wie einem das Geld anderer Leute nicht ausgeht“.

Doch genau vor diesem Punkt stehen wir: der völligen Überforderung. Verschiedene Faktoren kommen zusammen:

- Entscheidende Schlüsselindustrien stehen vor einem existenzbedrohenden Umbruch.
- Die Erwerbsbevölkerung beginnt in diesem Jahrzehnt zu schrumpfen, während die Zahl der Rentenempfänger stark steigt.
- Die unzureichende Integration der Migranten in den Arbeitsmarkt – oft der unzureichenden Qualifikation geschuldet – wird zu einer zunehmenden Last in einer nicht mehr so stark wachsenden Wirtschaft.
- Die unterlassenen Investitionen des Staates werden zu einem Problem. Bei der wichtigsten Infrastruktur des 21. Jahrhunderts – dem Internet und dem Mobilfunk – hinkt Deutschland weit hinterher.
- Der Einstieg in eine Transfer- und Schuldenunion, der diese Woche in Brüssel beschlossen wurde, bedeutet erhebliche Lasten für die hiesigen Steuerzahler. Die Regierungen von Paris, Rom, Madrid und den anderen Empfängerstaaten sehen nun ein neues Instrument, um Geld aus Deutschland zu erhalten, und es ist unzweifelhaft, dass die EU in Zukunft Kredite in Billionenhöhe aufnehmen wird, für deren Tilgung wir mindestens mit unserem Anteil am EU-Haushalt – ca. 30 Prozent – haften und dies nur unter der Annahme, dass nicht andere Staaten dem britischen Beispiel folgen. Ich denke, die Niederländer werden sich für ihre haushaltspolitische Vernunft nicht in alle Ewigkeit von Macron und anderen beschimpfen lassen.
- Die Inflation wird in Folge der immer offeneren Finanzierung der Staaten und der EU durch die EZB zurückkehren.

Um den Wohlstand zu erhalten, brauchen wir eine Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftskraft erodiert, während die Lasten steigen. Das können wir uns auf Dauer nicht leisten. Wir brauchen eine komplette Neuorientierung in der Wirtschaftspolitik.

Vor allem müssen wir uns Folgendes verdeutlichen: Der Druck in der EU resultiert aus der Exportabhängigkeit der Wirtschaft. Diese ist auch ein Ergebnis der unzureichenden Binnennachfrage, verursacht durch unzureichende reale Nettoeinkommenszuwächsen und unterlassene Investitionen des Staates. Der relative Reichtum des Staates führt in Deutschland und in der EU zu Forderungen nach mehr „europäischer Solidarität“, ist aber eine wesentliche Ursache für die geringen privaten Vermögen in Deutschland.

Damit wird auch die Lösung offensichtlich: Wir müssen uns von falschen Glaubenssätzen verabschieden, vor allem davon, „Exportweltmeister“, „schwarze Null“ und „viel Umverteilung“ (im Inland und in der EU) seien gut. Nein, sie sind es nicht.

Wie hier schon vor Monaten erläutert, ist Italien ein sehr reiches Land. Den erheblichen Staatsschulden stehen noch eindrücklichere private Vermögen entgegen. Die privaten Schulden Italiens sind geringer als die bei uns. Auch die Vermögensverteilung in Italien ist ausgeglichener als bei uns. Das Problem in Deutschland besteht nicht darin, dass die Reichen zu reich sind, denn sie dürften nicht mehr haben als die reichen Italiener. Unser Problem ist, dass die breite Masse der Bürger über kein oder nur geringe Vermögen verfügt.

Statt die deutschen Steuerzahler zusätzlich zu belasten, um „europäische Solidarität“ zu finanzieren und Vermögenssteuern und -abgaben zu diskutieren, um „Gerechtigkeit“ herzustellen, in Wahrheit aber nur das Gesamtvermögen der Deutschen weiter zu senken, sollten wir intelligent handeln. So schwer wäre das gar nicht.

Jeder Deutsche unter 65 Jahren sollte 25.000 Euro vom Staat erhalten

Konkret schlage ich vor, dass der Staat jedem Deutschen unter 65 Jahren 25.000 Euro schenkt. Bei überschlägig 55 Millionen Deutschen in dieser Alterskohorte entspricht dies 1.375 Milliarden Euro, rund 40 Prozent des BIP. Konkret sollten wir Folgendes machen:

- Die Bundesrepublik gründet einen Anlagefonds nach dem Vorbild anderer Staatsfonds wie jener **von Norwegen** und Singapur.
- Dieser Fonds investiert unter professionellem Management ohne politische Einflussnahme das Geld global diversifiziert, mit dem Ziel eine nachhaltige Rendite zu erwirtschaften.
- Die Bundesrepublik Deutschland macht Schulden, um den Fonds entsprechend auszustatten, alternativ (und eigentlich besser) bietet sich die Mobilisierung der TARGET2-Guthaben an, wie **ausführlich hier erläutert**.
- Jeder Bürger unter 65 Jahren bekommt einen Anteil an dem Fonds im Wert von 25.000 Euro. Über das Geld kann der Bürger frei verfügen, sobald er das 65. Lebensjahr erreicht und mindestens zehn Jahre in den Fonds investiert hat.
- Die Grenze der Begünstigung bei 65 Jahren ist darin zu sehen, dass ein Großteil des Vermögens in Deutschland ohnehin bei den über 65-Jährigen liegt und etwaige Guthaben hier nicht genutzt, sondern perspektivisch vererbt werden.
- Der Staat würde den Bürgern die Ursprungseinzahlung von 25.000 Euro garantieren. Die Verzinsung käme dann hinzu.
- Ergänzend sollte der Staat den Bürgern anbieten, zusätzlich in diesem Fonds zu sparen. Hier sollte neben der Einzahlung eine Mindestverzinsung – zum Beispiel ein Prozent pro Jahr – garantiert werden, um die Abneigung der Bürger gegen vermeintlich riskante Anlagen in Aktien und Immobilien zu überwinden.

Das Ergebnis wäre sehr interessant und vorteilhaft:

- Die Deutschen hätten ein höheres Privatvermögen von überschlägig dem 4,2-Fachen des BIP, was zwar immer noch deutlich hinter **Franzosen, Spaniern** und vor allem **Italienern** liegt, aber bei entsprechender Anlage in den kommenden Jahrzehnten deutlich anwachsen sollte.
- Die Ungleichheit der Vermögensverteilung würde deutlich sinken.
- Der deutsche Staat wäre mit einer Verschuldung von rund 110 Prozent des BIP trotz Corona und „Programm zur Wohlstandsmehrung der Bürger“ nur so hoch verschuldet wie der Durchschnitt der Eurozone und immer noch deutlich geringer als Frankreich, Spanien und Italien.
- Das Argument, der „reiche deutsche Staat“ könne und solle für alles eintreten, verlöre an Gewicht.
- Zugleich hätte der deutsche Staat genug Schulden, um an der aus meiner Sicht unausweichlichen großen Lösung für die europäischen Staatsschulden teilzunehmen und **so wie die anderen großen Staaten davon zu profitieren**.

Binnennachfrage stärken, Exportabhängigkeit senken

Damit nicht genug. Zwar hilft es, die Vermögen der Deutschen zu erhöhen, wir müssen aber zugleich die Binnenwirtschaft stärken. Gerade mit Blick auf die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung ist es dringend geboten, Arbeit so attraktiv wie möglich zu machen.

Nur, wenn wir die Binnennachfrage stärken, reduzieren wir unsere Exportabhängigkeit und damit auch die Erpressungsmöglichkeit in nächtlichen Sitzungen in Brüssel.

Folgende Faktoren beeinflussen ein Erhöhen der Binnennachfrage:

- Abschied von der Politik der „schwarzen Null“. Diese ist aus ökonomischer Sicht ohnehin nicht begründbar und bei genauerer Betrachtung **ohnein eine Mogelpackung**. Die Schulden des deutschen Staates sollten im Einklang mit der Wirtschaftsleistung wieder wachsen, auf jeden Fall nicht schneller als im Schnitt der anderen Staaten des Euroraumes.
- Sobald der Staat Schulden macht, führt dies zu einer Stärkung der Binnennachfrage und einer Reduktion des Exportüberschusses.
- Dies würde umgekehrt auch bedeuten, dass unsere Ersparnisse im Inland statt im Ausland investiert würden, was angesichts des verheerenden Ergebnisses der bisherigen Geldanlage ein großer Fortschritt wäre.
- Den finanziellen Spielraum sollte der Staat zum einen dazu nutzen, den Investitionsstau von geschätzt 450 Milliarden Euro abzubauen.
- Zum anderen gilt es, die Massenkauftkraft zu stärken, durch eine breite Erhöhung der verfügbaren Einkommen. Durch einen Umbau des Steuer- und Abgabensystems wird der Faktor Arbeit entlastet. **Jedem Bürger muss von jedem zusätzlich verdienten Euro mindestens 51 Prozent bleiben. Heute liegt die Grenzbelastung – gerade bei gering bezahlten Tätigkeiten – bei bis zu 80 Prozent.**
- Im Gegenzug kann über eine höhere Belastung von Vermögen nachgedacht werden, weniger mit dem Ziel der Reduktion von Ungleichheit als mit dem Ziel, den Anreiz zu erhöhen, die Vermögen produktiv einzusetzen.

Der Exportweltmeister wäre damit Geschichte, was entgegen der allgemeinen Wahrnehmung nicht zu einer Wohlstandsreduktion, sondern zu einer Wohlstandssteigerung hierzulande beitragen würde.

Eine Vielzahl weiterer Maßnahmen wäre notwendig, um Deutschland für die Zukunft fit zu machen. Die dargelegten Punkte wären aber zentral, um das Land vom bisherigen Kurs der Wohlstandsreduktion abzubringen.

Ich bin für das Gründen einer Task Force „Programm zur Wohlstandsmehrung der Bürger und des Staates“, um ein gut durchdachtes, effizientes und realisierbares strategisches Konzept zur Beratung von Staat und Wirtschaft zu erarbeiten. Dies sollte schnell geschehen, damit es innerhalb der kommenden fünf Jahre umgesetzt werden kann. Wer macht mit?

Studie: Vor allem Jüngere wirtschaftlich von Corona-Krise betroffen

Vor allem Jüngere haben laut einer Umfrage die Corona-Krise wirtschaftlich gespürt. Das zeigt eine Studie im Auftrag des Bundesverbands der Arzneimittel-Hersteller, die der Deutschen Presse-Agentur vorlag. Je älter die Menschen in Deutschland waren, desto seltener hatten sie Einbußen, heißt es in dem Papier, für das 1000 Menschen vom Marktforscher Nielsen repräsentativ befragt wurden. Jüngere Menschen waren dabei weit überdurchschnittlich von der Krise betroffen: Bei den 18- bis 29-Jährigen berichtete jeder Zweite (50 Prozent) von wirtschaftlichen Einbußen und bei den 30- bis 39-Jährigen noch 38 Prozent. An den Älteren ging die Pandemie demnach finanziell sehr oft folgenlos vorbei: Nur 15 Prozent der über 60-Jährigen spürten Einbußen, 85 Prozent gaben das nicht an.

Update: Zaghafte Versuche, Innovation voranzutreiben

Deutschland will bei Zukunftstechnologien aufholen. Zu diesem Zweck ist auch eine neue Bundesagentur gegründet worden. Deren Direktor sagt: "Wir wollen dem Silicon Valley nicht hinterherrennen." Die Agentur war vor rund einem Jahr gegründet worden, der Aufbau der Organisation ist inzwischen weitgehend abgeschlossen. Die Agentur fördert bereits drei erste Projekte. "Ein Sprunginnovation ist eine Innovation, nach der die Welt nicht mehr so ist wie vorher und die ganze Industrien verändert", sagt Rafael Laguna de la Vera, Direktor der Bundesagentur mit Sitz in Leipzig.

Quelle: https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/gastbeitrag-wohlstand-top-oekonom-daniel-steltner-warnt-deutschland-steht-vor-voelliger-ueberforderung_id_12269196.html

(Gelb nicht im Original)

*) **Dr. Daniel Stelter** ist Gründer des auf Strategie und Makroökonomie spezialisierten Diskussionsforums "Beyond the Obvious" und Unternehmensberater. Zuvor war Stelter von 1990 bis 2013 bei der Boston Consulting Group (BCG), zuletzt als Senior Partner, Managing Director und Mitglied des BCG Executive Committee. Sein aktuelles Buch lautet "Coronomics. Nachdem Corona-Schock: Neustart aus der Krise".

So kommentierten User von FOCUS Online diesen Artikel:

- "Sehr guter Vorschlag. Gut analysiert und interessanter Lösungsvorschlag. Solch eine Lösung könnte wirklich bei vielen Problemen des deutschen Staatswesens einen Lösungsansatz bringen und helfen dieses Staatswesen zukunftsfähiger zu machen."
- "Worum geht es Herrn Stelter nach in erster Linie? Genau um das, was uns in täglichen Beiträgen der Finanzindustrie beigebracht werden soll. Es geht darum, dass endlich alle Deutschen in Aktien investieren sollen. Auch Der Staat wird aufgefordert, dort Geld zu investieren um es später in Form von 25.000 Euro an die Bevölkerung auszuzahlen. Wie will man die Binnennachfrage erhöhen? Essen und Trinken hat in Deutschland jeder. Soll es ein teurerer Fernseher oder ein teureres Auto sein? Ein Beitrag dazu gefällt mir. Er macht darauf aufmerksam, dass Deutschland einen Krieg verloren hat und faktisch seine Wirtschaft und seinen Lebensstandard von 0 aufgebaut hat. Und es ist richtig, wir zählen zu den reichsten Ländern der Erde, weil unsere Politiker eine gute Arbeit geleistet haben und noch leisten."
- "Nur leider hören unsere Politiker nicht auf die Wissenschaftler, siehe gleichzeitiger Ausstieg aus Atom und Kohle sowie einseitige Förderung von E-Autos. Ich sehe auch keine Partei, die die gemachten Vorschläge umsetzen würde."

• Anmerkung:

Es gibt genügend gute Vorschläge wie den obigen, aber die deutschen unterbelichteten Politiker werden sicher nicht tätig werden, da sie Wichtiges nicht kapieren (wollen) und auf Kosten der Steuerzahler (circa 20 Prozent der Bevölkerung!) exzellent versorgt sind. Der Staatsfonds von Norwegen ist ein mustergültiges Beispiel kluger Politik zum Wohle des eigenen Volkes. Dazu kommt, dass reiche Norweger wohl kaum das Land verlassen werden, denn dann verlören sie ihren entsprechenden Anspruch. Reiche Deutsche hingegen können bei der welthöchsten Steuer- und Abgabenlast nichts Besseres tun, als ihr Vermögen ins Ausland zu schaffen. Da kann das Fazit nur lauten: «Armes Deutschland!»